

# Wochenblatt

für  
**Wilsdruff, Tharandt, Rossen,  
Siebenlehn und die Umgegenden.**  
Amtsblatt

für die Königl. Amtshauptmannschaft zu Meissen, das Königl. Gerichtsamt und den Stadtrath zu Wilsdruff.

Dieses Blatt erscheint wöchentlich zwei mal, Dienstags u. Freitags und kostet pro Quartal 1 Mark. Inseratenannahme bis Montag resp. Donnerstag Mittag 12 Uhr.

Nr. 84.

Dienstag, den 23. October

1877.

## Bekanntmachung.

Der Armenversorgungsverein im Gerichtsamtsbezirke Meissen hat sich erboten, bis zur definitiven Regulirung der Frage wegen Einrichtung einer gemeinschaftlichen Zwangsarbeitsanstalt für den gesammten Bezirk Correctionäre aus den zum Vereine nicht gehörigen Ortschaften des hiesigen Verwaltungsbezirks gegen einen täglichen Verpflegbeitrag von 75 Pfg. für den Kopf in die Arbeitsanstalt zu Cölln aufzunehmen.

Nachdem die Bezirksversammlung auf dem Bezirkstage am 10. d. M. von diesem Anerbieten Gebrauch gemacht hat, wird dies hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht, mit dem Bemerkten, daß Aufnahmegesuche an den Geschäftsführer des genannten Vereins, Herrn Gemeindevorstand Bichsel in Niedersfähre, zu richten sind.

Meissen, am 17. October 1877.

Königliche Amtshauptmannschaft.  
von Hoffe.

## Bekanntmachung.

Für die Königliche Amtshauptmannschaft ist es von Interesse, ein Verzeichniß sämtlicher Mitglieder der Gemeinderäthe zu haben.

Die Vorstände derjenigen Gemeinden des hiesigen Verwaltungsbezirks, in welchen ein Gemeinderath besteht, werden daher hierdurch veranlaßt, zu Anfang eines jeden Jahres und mithin das erste Mal Anfang Januar 1878 ein solches Verzeichniß, in welchem Namen und Stand der sämtlichen Gemeinderathsmitglieder anzugeben sind, anher einzureichen.

Meissen, am 19. October 1877.

Königliche Amtshauptmannschaft.  
von Hoffe.

## Tagesgeschichte.

Der gesuchteste Artikel im Deutschen Reich ist die Justiz. Und wenn wir einen Homer hätten, so würden sich nicht so viele Städte um ihn streiten und reizen wie um einen Gerichtshof, um den Sitz eines Oberlandes-, eines Landes- und Amts-Gerichtes. Es ist ein wahres Kirchthurn-Rennen darum und manche Stadt schlägt die andere kaum um eine Rafentlänge. Im großen Preußen ist's grade so wie in den kleinen Staaten. In Preußen wird sich der in den nächsten Tagen zusammentretende Landtag mit der Sache zu beschäftigen haben; denn die neue Organisation ist zugleich eine gewichtige Finanzfrage. Es werden in Preußen errichtet werden Oberlandesgerichte 13, in den Provinzen Hessen-Nassau und Süpreußen ausnahmsweise je 2; Landesgerichte werden es etwa 80 werden. Die Landesgerichtsräthe und Vorstände der Amtsgerichte sollen nach dem Vorschlag der Regierung 2000 Thaler Besoldung erhalten. Wo etwa die Finanzen ein Beto einlegen, da wird man sich mit Assessoren befassen.

Frankreich hat sich in der jüngsten Abstimmung entschieden für die Republik ausgesprochen. Das muß zugegeben werden, wenn man den ungeheuren Druck nicht vergißt, den die Regierung, die alten monarchischen Parteien und die gesammte Geistlichkeit auf die Wähler ausgeübt haben. In der neugewählten Kammer beizien die Republikaner eine Mehrzahl von 100—120 Stimmen. Man mag die Sache drehen, wie man will, die Kammer ist eine weit überwiegend republikanische. An Zahl ein wenig schwächer bildet die Mehrzahl eine in sich um so mehr geschlossene Masse, als sie aufs neue vom Land die Zustimmung erhalten hat, daß Frankreich nichts wissen will von Wiederherstellung des Kaiserreichs, von Mac Mahon'schen Rettungsplänen und geistlichen römischen Umtrieben; es verlangt vielmehr die Aufrechthaltung der Republik und der Verfassung und die Anerkennung der parlamentarischen Regierung d. h. der Minister aus der Majorität der Abgeordneten. — Welche Mittel die Regierung zur Erlangung angenehmer Wahlen angewendet, darüber kommen wunderbare Berichte zum Vorschein. In manchen Orten der Provinz wurde eine Art Belagerungszustand eingeführt. In Prech z. B. wurde durch Trommelschlag bekannt gemacht, daß am Wahltag höchstens 2 Mann auf den Straßen „zusammenstehen“ dürften (warum nicht höchstens einer?) Von Politik d. h. von den Wahlen durfte weder auf den Straßen, noch im Wirthshaus gesprochen werden.

Der „Voll“ meldet man aus Paris vom 18. October: Die allgemeine Situation ist eine schwierigere, die Stimmung der Parteien eine mehr gereizte geworden. Die Hoffnung auf ein Versöhnungsministerium scheint unmöglich geworden zu sein, da der Marschall entschieden erklärt hat, mit dem Cabinet Broglie-Fortou sowohl die Generalkathswahlen am 4. November machen, wie auch mit demselben vor die neue Kammer treten zu wollen. Im Elysee neigte man zu der Absicht, ein anderes Ministerium aus Männern derselben politischen Färbung für das nächste zu bilden, gab es jedoch auf, da man Furcht und unruhige Besorgniß im conservativen Lager davon befürchtet. Der Marschall selbst wünschte einen General an die Spitze des Cabinets gestellt. Alle diese Combinationen sind fallen gelassen. Vor der Hand bleibt das Ministerium Broglie-Fortou wie der Entschluß des Marschalls, sich nicht von den Conservativen zu trennen, unwandelbar. Auch in gemäßigten und ruhigen Kreisen wehren sich in Folge dessen die Gerüchte von einem Staatsstreich, als dem einzigen Mittel für einen Ausweg. Die Gefahr eines solchen Staatsstreiches tritt unzweifelhaft näher und näher und selbst in den Reihen

der Republikaner faßt man diese Eventualität ins Auge. Im Allgemeinen also hat die Krisis an Schärfe nicht verloren, sondern gewonnen.

Der vom Lulu zum Louis herangewachsene Prinz Napoleon hat ziemlich große Köpfe im Kopfe. Als ihn im geographischen Militär-Examen in England der Professor fragte: womit fangen wir an? antwortete er led und spöttisch: Fangen wir mit dem Rhein an! — Sein Papa hat bekanntlich damit aufgehört.

Zimmer wieder ist man erstaunt darüber, daß Europa der Weiterführung des Krieges an der Donau so gleichgültig zusieht. Rumänien ist bereits in die Reihen der Kämpfer eingetreten, Serbien steht auf dem Sprunge, seinem Beispiel zu folgen, Griechenlands Haltung ist sehr verdächtig — und dennoch rührt sich das diplomatische Europa scheinbar nicht. Vielleicht aber nur scheinbar; denn im Stillen sagt man, daß sich die Großmächte über die Friedensgrundlagen verständigt hätten, verständigt über das, was man den Türken unter keinen Umständen zumuthen, und verständigt über das, was man den Russen unter keinen Umständen verweigern dürfe. An diesen Grundlagen, sagt man, werde weder haben noch drüben eine Niederlage oder ein Sieg viel ändern. (Der Laienverstand würde unter diesen Umständen der Ansicht sein, man müsse dann um so rascher dem Blutvergießen ein Ende machen.)

In Asien haben die Russen ihre Waffenehre durch einen großen Sieg über Nukhtar Pascha halbwegs hergestellt und dadurch vielleicht die Friedenshoffnungen verstärkt. Die Schlacht fand in der Nähe von Kars statt und endigte mit der vollständigen Niederlage der Türken. Der eine Theil der Türken wurde geschlagen und zerstreut, es wurden mehrere 100 Gefangene gemacht und viele Kanonen erobert; der andere Theil, 3 Divisionen mit 32 Kanonen wurde umzingelt und mußten sich nach großen Verlusten ergeben. Sechs Pascha's ergaben sich, Nukhtar Pascha flüchtete nach Kars. Die Depeschen aus Constantinopel gesehen die türkiische Niederlage zu und schreiben sie der russischen Artillerie und der Uebermacht zu; die Russen führten 70,000 Mann in die Schlacht, die Türken 30—40,000. Auch in Bulgarien suchen die Russen eine Entscheidungsschlacht herbeizuführen. Plewna wird seit mehreren Tagen bestig bombardirt. Die Russen suchen mit überlegenen Kräften vorzudringen und den etwaigen Rückzug Osman Pascha's nach Sophia durch eine Garde-Division, die bei Dalmir-Lipniza aufgestellt worden ist, zu verlegen. Auch am Lom werden herüber und hinüber große Reconnoiscirungen vorgenommen als Vorbereitungen für den Entscheidungslampf. Das besser gewordene Wetter begünstigt die Märsche. (Kaiser Alexander telegraphirte dem Kaiser Wilhelm den Sieg bei Kars und empfing sofort dessen Glückwunsch.)

Aus russisch Armenien schreibt die in Tiflis erscheinende Westn.: Die Türkei hat zum Unglück für unsere Grenzbewohner ein besonderes System von Kriegsführung ausfindig gemacht, ein System, welches bei einem Zusammenstoß von 2 civilisirten Nationen unmöglich ist. Schon in der Friedenszeit hatte unsere Grenze von räuberischen Ueberfällen zu leiden. Gegenwärtig nun haben diese Ueberfälle einen systematischen Character angenommen und unterscheiden sich durch nichts von Raubzügen, während sie angeblich nur eine Art des Guerillakrieges sein sollen. Die internationalen Gesetze respectiren auch im Guerillakrieg die Unverletzlichkeit des friedlichen Bürgers und des Privateigentums. Nichtsdestoweniger glaubt die Türkei berechtigt zu sein, die Schandthaten ihrer räuberischen Vanden mit der Kriegsfähre zu decken. Ja, sie hat sogar einen flüchtigen russischen Verbrecher, den bekannten Megrali, zum Partisanengeneral ernannt und ihm eine